

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 03.06. – 07.06.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

1. Flutkatastrophe

2. Drohnen–Verschleierungstaktik

3. Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen!

4. Bezahlbares Wohnen

5. Zweite Chance auf Berufsausbildung geben

6. Merkels Wahl-Show



## Flutkatastrophe – Menschen brauchen schnelle Hilfe!

"Für Regierungen wie Parlamente gilt: schnelle Hilfe für die Flutopfer muss Priorität haben. Das ist Konsens aller Fraktionen in diesem Hause", sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert im Namen aller Fraktionen am Donnerstag im Plenum.

Wir hoffen sehr, dass dies auch Finanzminister Schäuble so sieht, denn er kündigte nur sehr schwammig „längerfristige“ Hilfen an. Dass sich die Kanzlerin ein persönliches Bild von dem Ausmaß der Schäden macht, ist sicherlich richtig. Allerdings reicht es nicht, in Gummistiefeln durch die Flutgebiete zu laufen. Die Menschen brauchen jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe. Die bislang von der Regierung zugesagten 100 Millionen Euro an Soforthilfe sowie Sonderhilfskredite der staatlichen Förderbank KfW für Unternehmen im Umfang von weiteren 100 Millionen Euro, sind nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“.

Wir wollen einen Hilfsfonds für die hochwassergeschädigten Gebiete mit einem Volumen von mehreren Milliarden Euro analog dem Hilfsfonds von 2002! Nach der sogenannten Jahrhundertflut von 2002 an der Elbe hatten Bund und Länder einen Hilfsfonds mit 7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, damit Privatleute, Firmen und Kommunen ihre Infrastrukturen wieder aufbauen konnten.

Die Menschen in den betroffenen Gebieten leiden sehr unter den Folgen des Hochwassers und kämpfen vielerorts noch immer gegen die Fluten oder erwarten diese erst. **Wir danken allen Helferinnen und Helfern, die die Betroffenen oftmals ehrenamtlich in diesen schweren Stunden unterstützen. Wir rufen aber auch zum Spenden auf – auch dies ist ein Signal der Solidarität!**

#### Spendenkonto des Deutschen Roten Kreuz:

Spendenkonto: 41 41 41  
Bank für Sozialwirtschaft BLZ: 370 205 00  
Stichwort: Hochwasser

Ansprechpartner DRK-Pressestelle  
Tel. 030 85 404 161  
krones@drk.de  
[online Spenden](#)

#### Spendenkonto der Aktion Deutschland Hilft:

Spenden-Stichwort: Nothilfe weltweit  
Spendenkonto: 10 20 30  
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00  
(IBAN DE29370205000008322501, BIC:  
BFSWDE33XXX)

Ansprechpartner  
Spenden-Hotline: 0900 55 10 20 30  
(Festnetz kostenfrei, mobil höher)  
[online Spenden](#)

## Euro-Hawk – Verschleierungstaktik im Verteidigungsministerium

### Es sollte wohl versucht werden, den Skandal bis zur Bundestagswahl geheim zu halten.

Seit 2009, spätestens 2011 ist bekannt, dass es mit dem Aufklärungssystem "Euro-Hawk" Probleme gibt, die einen Einsatz im deutschen und europäischen Luftraum unwahrscheinlich machen. Bereits 2011 forderte der Bundesrechnungshof vom Verteidigungsministerium die Beschaffungsmaßnahme neu zu bewerten und zu überprüfen. Statt diesem Hinweis zu folgen, wurde das Projekt fortgesetzt und zusätzliche teure Änderungen veranlasst. Dem Rechnungshof wurden bis vor kurzem wichtige Unterlagen vorenthalten.

Erst auf Drängen der SPD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss kamen diese Fakten auf den Tisch und Hals über Kopf wurde das Projekt abgebrochen. Wahrscheinlich wurden so mehrere 100 Millionen Euro Steuergelder in den Sand gesetzt. Der verantwortliche Minister äußerte sich drei Wochen lang überhaupt nicht. Dann legte er am Mittwoch im Verteidigungsausschuss einen Bericht vor und rechtfertigte sein Verhalten damit, dass ihm Informationen vorenthalten und er nicht genügend eingebunden gewesen sei.

**Die Frage, wer für dieses Millionen-Desaster verantwortlich ist, wurde nicht beantwortet. Ebenso wurden keine personellen Konsequenzen gezogen, allenfalls in Aussicht gestellt. Fazit: Statt sich an seinen Aussagen zur Bedeutung von Verantwortung zu messen, spielt der Minister erneut auf Zeit. Jetzt die politische Verantwortung auf nachgeordnete Stellen abzuschieben, wird dem eigenen Anspruch de Maizières nicht gerecht. Es wäre ein gutes Vorbild, wenn der Minister jetzt die politische Verantwortung übernimmt und zurücktritt!**

In mindestens einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses wird dieser Vorgang weiterbearbeitet und weitere Unterlagen gesichtet. Wir werden Euch weiterhin auf dem Laufenden halten.

#### Hintergrund zum Euro-Hawk:

2001 wurde entschieden, ein bisher im Einsatz befindliches elektronisches Aufklärungssystem ab 2010 durch ein unbemanntes Aufklärungssystem (Drohne) zu ersetzen. Es handelt sich beim Euro-Hawk nicht um ein bewaffnetes System, sondern um ein reines Aufklärungssystem.

Das Aufklärungssystem wurde in Deutschland entwickelt, das fliegende Trägersystem (Drohne) wurde bei einer amerikanischen Firma bestellt. Dieses System für den deutschen und europäischen Luftraum zuzulassen würde nach Angaben des Ministeriums mindestens weitere 200 Millionen Euro kosten.

Obwohl diese Probleme bekannt waren, wurden keine Korrekturen unternommen und was viel schlimmer ist: die parlamentarischen Gremien wurden nicht darüber informiert!

## Doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen!



Unter dem sogenannten Optionszwang versteht man die unsägliche Praxis, in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern aus Nicht-EU-Ländern zu verpflichten, bis zu ihrem 23. Geburtstag eine Entscheidung zu treffen, ob sie die deutsche oder die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern annehmen möchten. Immer wieder kommt es wegen der Regelung zu Gewissenskonflikten und junge Menschen fühlen sich diskriminiert, denn die Regelung gilt nicht für Kinder von Einwanderern aus EU-Mitgliedsländern. **Kurz, die Optionsregelung ist das Gegenteil einer „Willkommens-Kultur“**, von der Bundeskanzlerin Merkel so gerne zu sprechen pflegt. Warum sie und ihre Koalitionäre dennoch unserem Antrag für eine Modernisierung des Staatsbürgerrechtes ([hier geht's zum Antragstext](#)) am Mittwoch im Plenum nicht zustimmten und damit 15 Millionen Einwohner wie Bürger zweiter Klasse behandeln, bleibt wohl leider ein Geheimnis von Schwarz-Gelb.

**Für die SPD steht fest: Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, muss die Einbürgerung erleichtert und nicht erschwert werden!** Für viele gehört die doppelte Staatsbürgerschaft dazu, wenn es darum geht, sich an seinem Wohnort akzeptiert und respektiert zu fühlen. Wir sind uns daher mit den Migrantinnen und Migranten einig, dass gerade in Zeiten des Fachkräftemangels, in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowohl die deutsche als auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erwerben und behalten können müssen.

## Bezahlbares Wohnen

Bezahlbares Wohnen und erschwingliche Mieten sind ein Dauerthema, nicht nur in den Medien, sondern insbesondere vor Ort in unseren Städten und Kommunen. Erschwingliche und gute Wohnungen sind elementar für lebenswerte und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden, die die Keimzellen des sozialen Miteinanders sind. Die SPD setzt sich deshalb in ihrem Antrag „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ ([hier geht's zum Antrag](#)) dafür ein, die Städtebauförderung finanziell mit 700 Millionen Euro auszustatten und das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ mit 150 Millionen Euro wieder zu beatmen.

Wir haben mit unserem [Regierungsprogramm](#) ein Paket für ein gutes Miteinander in einer sozialen Gemeinschaft geschnürt und das muss besonders auch in dem Bereich gelten, in dem die Menschen ihr zu Hause haben. Deshalb gehört für uns auch der Wohnungs-Neubau und die Schaffung sozialen Wohnraums dazu und die Makler dürfen nicht mehr hemmungslos bei der Neuvermietung von Wohnungen zuschlagen und kräftig mitverdienen.

In Zukunft wird auch die energetische Sanierung von Gebäuden eine immer größere Rolle spielen und deshalb wollen wir die entsprechenden Programme im Bundeshaushalt mit mindestens 2 Milliarden Euro verstetigen. Zur Wahrheit gehört auch, dass auf dem Wohnungsmarkt in den letzten Jahren einiges aus dem Ruder gelaufen ist. Hier muss gegengesteuert werden, **damit gutes und bezahlbares Wohnen für alle möglich ist und zwar egal, ob es sich um einen Studenten in Kassel, eine Familie in Melsungen oder einen Single in Wolfhagen handelt.**



## Zweite Chance auf Berufsausbildung geben

Es gibt immer noch zu viele junge Erwachsene, die ohne Berufsabschluss dastehen. 1,5 Millionen sind es, die im Alter zwischen 25 und 35 Jahren keinen Abschluss machen. Die Regierung hat sie offenbar längst aufgegeben. Aber wegschauen hilft nicht! Denn diese jungen Menschen werden ein Leben lang auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein, wenn sie keine 2. Chance bekommen, und wenn nötig, gar eine dritte. Wir wollen daher ein Recht auf Ausbildung garantieren und haben unseren Antrag „Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss – Fachkräfte von morgen ausbilden“ genannt ([für den Antrag bitte hier klicken](#)).



Jungen Erwachsenen soll eine Ausbildung angeboten werden und dazu muss der Ausbildungspakt neu ausgerichtet werden. Bis zum 35. Lebensjahr soll es zum Beispiel Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Jugendliche geben und es sollen auch finanzielle Anreize geschaffen werden, eine Ausbildung zu beginnen. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, junge Menschen in einer schwierigen Situation alleine zu lassen und zu riskieren, dass sie keinen Beruf erlernen. Das hat sowohl mit sozialer Verantwortung als auch mit dem Fachkräftemangel zu tun. Wir haben viel Unterstützung für unser Sofortprogramm erhalten und hoffen, dass wir es ab September auf den Weg bringen können.

## Merkels Wahl-Show

**Mehr als 45 Gipfel hat die Bundesregierung veranstaltet, weitere sind angekündigt. Angela Merkel verwaltet den Stillstand im Land mit stoischer Ruhe. Auch häufig wechselnde Minister können sie augenscheinlich nicht aus der Ruhe bringen. Für unser Land ist das schlecht: 2009 hatten wir durch den Rückenwind der SPD-Politik noch 3,6 Prozent Wachstum, nach vier Jahren Schwarz-Gelb sind es lediglich noch 0,3 Prozent. Merkel lebt von der Substanz und ihr Versagen macht sich in maroder Infrastruktur und abnehmender Wettbewerbsfähigkeit bemerkbar. **Nichts wurde wirklich angepackt, weder bei der Energiewende, noch bei Rente, Bildung, Fachkräftemangel, Integration oder Gesundheit. Eine schwache Bilanz, Frau Merkel!****

Dies hat die Kanzlerin offensichtlich selber bemerkt und kündigt spontan einige Ideen für Wahlversprechen oder eher Wahlbetrug an, die locker 46,5 Milliarden Euro kosten – ohne das auch nur eine einzige Milliarde gegenfinanziert wäre. Wer investieren will, muss sagen, woher das Geld kommt! Wir haben dafür unser Finanzierungskonzept mit höheren Steuern für Reiche und Subventionsabbau.

An dieser Stelle sei nur ein Beispiel der Merkelschen Wähler-Täuschung beschrieben: das Thema Wohnen und Mieten. Vor rund vier Wochen hat Merkel das Mietrecht zu Ungunsten der Mieter geändert, nun will sie auf einmal auch die von der SPD vorgeschlagene Mietpreisbremse. Das Problem ist nur, dass ihr weder die eigenen Leute noch die FDP folgen werden. Es bleibt wieder bei Ankündigungen.

Mit Peer Steinbrück und der SPD am Ruder wird es eine Mietpreisbremse geben, Maklerkosten werden nach dem Prinzip „wer bestellt, bezahlt“ vom Vermieter getragen werden und es wird einen Entschuldungs- und Investitionspakt für die Kommunen geben. Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb spielen wir mit offenen Karten und haben unsere Vorschläge gegenfinanziert.

**Übrigens: Dass Merkel nicht regiert, hat ihr am Donnerstag auch das Verfassungsgericht erneut attestiert – und die Regierung verpflichtet, die steuerliche Benachteiligung der Homo-Ehe endlich zu beenden (<http://news.spd.de/go/1dew7kp9/pugpvtgy/1529>>). Gut so!**

### **Unsere Tipps:**

- **Ausbildungs-Ass:** Die Wirtschaftsjuvenen Deutschland suchen gemeinsam mit den Junioren des Handwerks die besten Ausbilder im Land! Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich besonders für die Ausbildung einsetzen. Außerdem Schulen und Institutionen, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Bewerbungen sind bis Ende Juli möglich unter [www.ausbildungsass.de](http://www.ausbildungsass.de).

- Der Deutsche Tourismusverband e.V. vergibt in diesem Jahr zum 9. Mal den **Deutschen Tourismuspreis** für innovative Projekte und Kampagnen. Weitere Informationen erhalten Interessierte unter [www.deuschertourismuspreis.de](http://www.deuschertourismuspreis.de).

- Das UnternehmensForum lobt im Themenjahr „Selbstbestimmt dabei. Immer.“ den **Inklusionspreis 2013** „Unternehmen fördern Inklusion“ aus und wird dabei sowohl von den Arbeitgeberverbänden als auch von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes unterstützt. Weitere Informationen unter [www.unternehmensforum.org/inklusionspreis](http://www.unternehmensforum.org/inklusionspreis).

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia